

# Flüchtlinge ziehen in die Kremser Straße

**Böblingen:** Der Gemeinderat hat zähneknirschend dem Bau einer provisorischen Unterkunft zugestimmt / Nicht mehr alle Stadträte stimmen für die „Böblinger Erklärung“

Von unserem Redakteur  
Dirk Hamann

**Im Böblinger Gemeinderat standen in der ersten Sitzung nach der Sommerpause vor allem Fragen im Umgang mit Flüchtlingen auf der Agenda. Beschlossen wurde, bei vier Gegenstimmen und einer Enthaltung, dass in der Kremser Straße bis Jahresende als Provisorium in Form von Containern eine dringend benötigte Unterkunft entstehen soll.**

Bis auf zwei Ausnahmen, ob's am Ende sogar drei waren ist unklar, hat sich das Gremium nach langen und zum Teil aufgeheizten Wortbeiträgen zudem ein weiteres Mal zu der 2015 verfassten „Böblinger Erklärung zur Zuwanderung von Flüchtlingen“ bekannt. Keine Mehrheit gab es indes für den Antrag der Fraktion SPD+Linke, dass sich die Stadt Böblingen zu einem „sicheren Hafen“ für aus Seenot gerettete Flüchtlinge erklärt.

40 auf 18 Meter groß, zwei Geschosse. Darin enthalten sind 22 Zimmer mit 25 bis 30 Quadratmeter Fläche, die jeweils von mehreren Menschen bewohnt werden sollen. Pro Etage stehen den künftigen Bewohnern je ein Koch- und ein Sanitärbereich zur Verfügung. Soweit die Kennzahlen der Container-Unterbringung, die bis Jahresende in der Kremser Straße auf eine noch zu errichtende Bodenplatte gestellt werden soll. Kosten: geschätzt 1,2 Millionen Euro. Eine Notlösung, mit der weder Böblinger Gemeinderäte noch die Mitglieder der Stadtverwaltung sonderlich glücklich sind. Doch eine brauchbare Alternative gab es nicht – einzige in der Kürze der Zeit noch realisierbare Möglichkeit wäre die Umwidmung einer Sporthalle gewesen.

## Erklärende Worte

Mit dem Container-Bau löst die Stadt in Sachen Flüchtlings- und Obdachlosenunterbringung ein unter den Nägeln brennendes Problem: Bis zum Jahreswechsel muss sie für 60 Menschen, die eigentlich schon 2017 in Böblingen hätten leben sollen, aber seitdem in angemieteten Räumen in Holzgerlingen untergebracht worden sind, eine Unterbringung realisieren – weil dort der Mietvertrag ausläuft und die Stadt ihrer Verpflichtung nachkommen muss. Der Umzug der Geflüchteten hätte eigentlich – für einen Zeitraum von maximal drei Jahren – in eine Unterkunft im Dagersheimer Mönchacker erfolgen sollen. Doch dieser Bau verzögert sich, nachdem an diesem Standort Eidechsen gefunden wurden. Was folgte, war ab Juli eine fieberhafte Suche nach einem Ort, auf dem innerhalb kürzester Zeit ein Provisorium errichtet werden könnte. Mit klarem Ergebnis: Nur in der Kremser Straße ist es aus zeitlichen Gründen überhaupt noch möglich, bis zum Jahreswechsel eine Lösung mit vom Landkreis abgekauften Containern, die zurzeit noch in Warmbronn stehen, hinzubekommen.

In die Unterkunft einziehen sollen maximal 44 der 60 Flüchtlinge, die seit zwei Jahren Zeit in einer Anschlussunterbringung in Holzgerlingen wohnen. Alle männlich. Probleme gab es mit ihnen in dieser Zeit keine,



An der Kremser Straße, gegenüber des Schulzentrums „Stockbrünnele“, sollen bis Jahresende Container aufgestellt werden, in die maximal 44 Flüchtlinge, die seit zwei Jahren in Holzgerlingen leben, umziehen sollen. Bild: Hamann

so Holzgerlingens Bürgermeister Ioannis Delakos auf Nachfrage der SZ/BZ. Und Böblingens Erster Bürgermeister Tobias Heizmann erklärte in der Sitzung, dass die meisten der Menschen, die nach Böblingen ziehen müssen, tagsüber arbeiten gehen, einen Sprachkurs besuchen, schon gut integriert sind. Ganz offen räumte er jedoch auch ein, dass es ein paar Kandidaten gebe, die keinen sonderlichen Integrationswillen an den Tag legen würden. Allesamt betreut werden sie von hauptamtlichen wie ehrenamtlichen Helfern, an der Unterkunft soll zudem ein Sicherheitsdienst wirken. Dazu soll es in Kürze zwei Informationsabende für Anlieger und die benachbarten Schulen geben.

Dass diese Aufklärungsarbeit Not tut, zeigte nicht nur eine große Besuchermenge im Ratssaal. Dazu hatten mehr als 100 besorgte Bürger den Gemeinderäten eine Unterschriftensammlung zukommen lassen, in den vergangenen Tagen eine Online-Petition gegen die Unterkunft im Kremser Weg gestartet – und dazu sowohl Rathaus-Spitzen wie Gemeinderäte mit etlichen E-Mails und Anrufen zu diesem Thema bedacht. Entsprechend spannungsgeladen verlief die Debatte.

„Es wäre wichtig gewesen, die Menschen rechtzeitig zu informieren und mitzunehmen“, beklagte Irmgard Spruth-Müller

mangelnde Fairness der Verwaltung gegenüber den Bürgern. Doch auch in diese Richtung gab es von ihr eine klare Ansage: „Der Ton, mit der die Bürgerschaft an uns Gemeinderäte herangetreten ist, entbehrt ebenfalls jeder Fairness.“ Ralf Sklarski (Freie Wähler) monierte, dass die Verwaltung hätte vorausschauender hätte agieren müssen, Helmut Kurtz (FDP) kritisierte, warum man nicht gleich einen Plan B in der Hinterhand gehabt habe.

In eine ganz andere Richtung marschierte Dr. Manfred Teufel. Er forderte Sicherheitsvorkehrungen für die Schüler: „Wenn da was passiert, wäre es eine Katastrophe für unsere Flüchtlingspolitik“, meinte er. Hans-Peter Braun (BfB) versuchte erst gar nicht, sachlich zu bleiben. „Nach den Diskussionen stelle ich mich ganz populistisch auf die Seite der Bevölkerung und werde dagegen stimmen“, sagte er. Und AfD-Mann Manfred Howe fragte nach, ob es nicht möglich sei, nicht Container aus Warmbronn zu holen, sondern die Flüchtlinge dorthin umzuziehen. Ein Vorstoß, der aus mehreren Gründen nicht geht, erläuterte Heizmann.

Schließlich stimmten nur Howe, Braun, Dr. Teufel und Dr. Willi-Reinhard Braumann (BfB) gegen den Containerbau. Dr. Detlef Gurgel (FDP) enthielt sich.

## Abstimmung verdammt

Ende 2015, als die Flüchtlingskrise ihren Zenit und die daraus resultierende Unruhe in der Bevölkerung ihren Höhepunkt erreicht hatte, setzte der Gemeinderat ein Zeichen, um die Weltöffentlichkeit der Stadt zu manifestieren. Einstimmig beschloss das Gremium eine „Böblinger Erklärung zur Zuwanderung von Flüchtlingen“.

Auf Antrag der Fraktion SPD+Linke sollte der in diesem Jahr neu gewählten Gemeinderat die Erklärung erneut bestätigen – was aber erst nach einigen erneut Diskussionen und diesmal nicht einstimmig gelang. Howes Antrag, die Abstimmung von der Tagesordnung zu nehmen, wurde bei zwei Ja-Stimmen und zwei Enthaltungen

abgeschmettert. Der „Böblinger Erklärung“ ihre Zustimmung verweigerten Braun und überraschenderweise auch Dr. Braumann – der vor zwei Wochen im Verwaltungsausschuss noch lautstark bekundete, wie vor vier Jahren „natürlich wieder dafür zu stimmen.“ Und AfD-Mann Howe? Er verdammte die Abstimmung, versuchte aber hinterher klarzumachen, dass er eigentlich gegen die Leitlinie für das Handeln von Verwaltung wie Gemeinderat in Sachen Flüchtlingspolitik, Zuwanderung und Integration habe stimmen wollen. In dieser ist unter anderem festgehalten, dass sich die Stadt „uneingeschränkt zum Grundrecht auf Asyl und zur Genfer Flüchtlingskonvention“ bekennt, sie zu „fundamentalen europäischen Werten unserer Gesellschaft“ steht und jede Form „von Übergriffen gegenüber Flüchtlingen“ verurteilt. „Rechtsextremismus und Rassismus haben in Böblingen keinen Platz“, heißt es weiter.

## Kein „sicherer Hafen“

Abgelehnt wurde derweil der zweite, ebenfalls mit großen Worten diskutierte Antrag der Fraktion SPD+Linke, mit der Aufforderung, dass sich die Stadt Böblingen zu einem „sicheren Hafen“ erklären möge. Eine Aktion, die dazu dienen soll, aus Seenot geretteten Flüchtlingen zu helfen, der inzwischen bereits mehr als 100 andere Städte in Deutschland beigetreten sind.

Als „Sicherer Hafen“ bezeichnen sich Städte, die sich in der Aktion „Seebrücke“ zusammengeschlossen haben und sich verpflichten, freiwillig aus Seenot gerettete Geflüchtete aufzunehmen, die sonst an keinem Hafen anlanden dürfen, wenn sich kein EU-Land bereit erklärt, sie aufzunehmen. Ein eher symbolischer Akt, der dazu dienen soll, Druck aufzubauen, damit EU und Bund Lösungen zu diesem Thema kreieren.

Böblingen, so viel steht seit Mittwochabend fest, gehört nicht zu diesem Städteverbund. 13 Ja-Stimmen aus Reihen von SPD+Linke und der Grünen bei einer Enthaltung waren zu wenig.

## Kommentar

### Wo BfB draufsteht, ist AfD drin

**Die Masken sind gefallen:** Was für ein Schauspiel am Mittwochabend im Böblinger Gemeinderat. Gleich in der ersten ordentlichen Sitzung des im Mai neu gewählten Gremiums ging es richtig zur Sache. Es gab rhetorische Ausflüge in die Weltpolitik. Und Wortbeiträge knapp oberhalb der Grasnarbe. Vor allem hat diese Sitzung gezeigt: Zwischen die BfB und der AfD passt kein Blatt Papier.



Von Dirk Hamann

Nach der Wahl verkündeten die Bürger für Böblingen (BfB), Dr. Willi-Reinhard Braumann und Hans-Peter Braun, zusammen mit AfD-Mann Manfred Howe, eine Zählgemeinschaft einzugehen, um dadurch

Aufsichtsratsposten zu erhalten. Ihr Auftritt am Mittwoch hat hervorgerufen, dass die zwei Gruppen mehr verbindet. Nicht nur den Abstimmungen präsentierten sie sich als geschlossene Einheit. Auch ihre Wortbeiträge glichen sich in der Grundausrichtung. Ihnen ging es nicht um Lösungsfindung, sondern vor allem um plumpe Stimmungsmache.

Gemeinsam müssten die drei eigentlich den nächsten Schritt setzen und gemeinsam eine Fraktion gründen. Damit für jeden Wähler ersichtlich ist: Wo BfB draufsteht, ist AfD drin.

dirk.hamann@szbz.de



Viel Publikum verfolgte die Sitzung des Böblinger Gemeinderats am Mittwoch. Grund: Die geplante Flüchtlingsunterkunft in der Kremser Straße. Bild: Hamann

# Fußgängerzone? „Bitte nicht“

**Sindelfingen:** Metzgermeister Werner Mornhinweg schreibt wegen der Gartenstraße an die Fraktionen

Von Chefredakteur  
Jürgen Haar

**Die Gedankenspiele über eine Fußgängerzone in der Sindelfinger Gartenstraße stoßen nicht überall auf Gegenliebe. Unter der Überschrift „Unsere Geduld ist bald zu Ende“ fordert Metzgermeister Werner Mornhinweg die Gemeinderatsfraktionen auf, die Innenstadt nicht ausbluten zu lassen.**

Die derzeitige Baustelle der Stadtwerke hat die Idee reifen lassen, über eine Verkehrsberuhigung in der Gartenstraße nachzudenken (die SZ/BZ berichtete). Von solchen Überlegungen halten einige Innenstadthändler nichts. Im Gegenteil: Sie sehen ihre Existenz auf dem Spiel.

In einem Brief an die Fraktionen schreibt Werner Mornhinweg unter anderem: „Seit Mai kämpfen wir um die Kundenfrequenz in unserem Ladengeschäft in der Ziegelstraße. Unsere Bücher weisen seither einen

Umsatzrückgang von 10-15 Prozent auf. An den Wochenmarkttagen ist der Umsatz meist noch weiter zurückgegangen. Kunden, die uns noch über Umwege aufsuchen, sind des öfteren verärgert über die Zufahrtswege, Parkmöglichkeiten, Parkgebühren...“

## Stop-and-go-Verkehr

Zur Verdeutlichung: Auf der Internetseite der Stadt Sindelfingen ist zu lesen: „Alle Geschäfte der Innenstadt sind zu jedem Zeitpunkt erreichbar“. Der Kunde, der im Kaufland in der Calwer Straße seine Lebensmittel einkauft und noch beim Metzger vorbeifahren möchte, fährt dann über den Kreisverkehr Richtung Hanns-Martin-Schleyer-Straße und reißt sich in den stop-and-go-Verkehr ein.

Im Schrittempo geht es weiter bis zur Ziegelstraße, um dort keinen Parkplatz zu finden und in die Planie einzubiegen. Mit etwas Glück dann einen Parkplatz ergattern.

Jetzt noch die Hürde eines funktionierenden Parkautomaten zu finden, meistern. Ansonsten fährt man doch lieber nach Mairchingen zum Vietz oder noch besser gleich ins Breuningerland.

Wie soll das noch weitergehen? Eine Verkehrsberuhigung in der Garten- und Ziegelstraße soll der „nächste Streich“ für die letzten Einzelhändler, die in Sindelfingen noch durchhalten, sein? Bitte nicht. Kümmern Sie sich zuerst um einen ordentlichen Geschäftsbesatz und zäumen Sie das Pferd nicht von hinten auf. Aus unserer Sicht sollte endlich ein Brezeltarif oder die Abschaffung der Parkgebühren in der Innenstadt her. Außerdem wäre ein Baustellenmanagement, das Überschneidungen bei verschiedenen Baumaßnahmen vermeidet, sehr von Vorteil.

Künftige Bauvorhaben, die den Verkehrsdurchfluss in großem Maße einschränken, sollten klar kommuniziert werden (Tiefgarage und der Ausbau der A 81).“



Wegen einer Baustelle der Stadtwerke ist die Gartenstraße zur Zeit gesperrt. Eine dauerhafte Verkehrsberuhigung in diesem Bereich schadet der Innenstadt, sagen Einzelhändler. Bild: Haar